

Angesichts der Kritik am Verhandlungsprozess mit der FARC erklärte sich der Leiter der Verhandlungsdelegation der Regierung Humberto de la Calle gegenüber der Tageszeitung EL TIEMPO am 22.1.2014:

Humberto de la Calle zu den Mythen über den Friedensprozess

Der Chef der Verhandlungsdelegation der Regierung dementiert 5 Spekulationen zum Thema. Einige Gegner des Dialogs in Havanna haben falsche Versionen und Ungenauigkeiten über die wahren Ergebnisse des Prozesses in Umlauf gebracht.

Nachfolgend werden wir die wesentlichen Legenden klären:

1. In Havanna wird das Land an die FARC ausgeliefert

Man webt in bestimmten Kreisen an der Idee, die Regierung habe sich der sog. "Revolution über Verträge" angeschlossen, d.h. sie wolle einen Frieden um jeden Preis erreichen, indem sie der FARC alle fundamentalen Institutionen des Staates überlässt und dafür die demokratische Tradition Kolumbiens über Bord wirft. Nichts ist ferner von der Realität.

Die Gespräche sind strikt der Tagesordnung gefolgt, die am 26. August 2012 in der Grundvereinbarung von Havanna festgelegt wurde mit den Punkten: Ländliche Entwicklung, politische Teilhabe, Demobilisierung und Entwaffnung, die Opfer des Konflikts, das Drogenproblem, Mechanismen einer Justiz des Übergangs sowie die Bestätigung und Garantien.

Beide Seiten stellten fest, dass diese Punkte ausreichend sind und im Fall einer Einigung bewirken werden, den Konflikt zu beenden, um dann ohne Waffengewalt in eine breit angelegte Phase der Umgestaltung einzutreten, in der die FARC unter Zusicherung von Garantien sich in eine politische Bewegung verwandelt und ins politische Leben eintritt.

Seitens der Regierung ist nicht geplant, diese Tagesordnung zu verändern und sie hat Interpretationen der FARC in dieser Hinsicht abgelehnt. Die Gespräche in Havanna haben zum Ziel, den Konflikt zu beenden und eine Phase der Schaffung eines stabilen und dauerhaften Friedens zu eröffnen unter der demokratischen Mitwirkung aller Kolumbianer.

In zweiter Linie- und als Konsequenz des vorher Gesagten- darf man nicht die gewohnten Interventionen der FARC, durch die sie ihre abweichenden politischen Positionen kenntlich macht, verwechseln mit den Geschehnissen am Verhandlungstisch. Erstere dienen dazu, ihre politische Unterstützungsplattform zu versorgen, damit diese der Beendigung des Konflikts innerhalb eines Garantierahmens zustimmt.

Drittens weisen die getroffenen Vereinbarungen zu den ersten beiden Punkten der Agenda in der Tat weitreichende Elemente einer Agrarreform und einer neuen demokratischen Öffnung auf, nämlich dadurch, dass darin das Ideengerüst eines sozialen Rechtsstaates zum Ausdruck kommt. Die Vereinbarungen implizieren Reformen, darunter auch Verfassungsreformen, jedoch keine Hirngespinnste, die den Kern der Demokratie zersetzen.

2. Es kommt zu einer Verringerung der Streikräfte und ihres Status

Völlig falsch. Struktur und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte wurden mit Absicht aus den Gesprächen ausgeklammert. Während die Gespräche stattfinden, operieren die Streitkräfte in voller Funktion und wenn eine Gesamtvereinbarung geschlossen wird, werden sie innerhalb ihres verfassungsmäßigen Auftrages im Kontext des Friedens weiter tätig sein. Was Besoldung, Sozialleistungen und Status angeht, so gibt es bei der Regierung keinerlei Absicht, diese zu verschlechtern.

3. Die integrierte Agrarreform greift ins Privateigentum ein

Einige Veränderungen der ländlichen Wirklichkeit sind erforderlich in Bezug auf Gleichheit und Demokratie, wenn man an die kleinen Produzenten denkt. Mit der Vereinbarung wird angestrebt, dass eine große Zahl ländlicher Einwohner ohne oder mit unzureichendem Landeigentum Zugang dazu erhalten sollen mittels eines "Bodenfonds für den Frieden". Dieser ist geplant zusammen mit Plänen zum Wohnungsbau, zur Wasserversorgung, technischer Beratung, Fortbildung, Erziehung, Infrastruktur und Wiedernutzung von Böden.

Das ist eine historische Veränderung, eine Wiedergeburt des ländlichen Kolumbiens, die ins Szenario der Beendigung des Konflikts gehört. Legale Landeigentümer haben nichts zu fürchten. Versionen, die kürzlich bezüglich der Ländereien verbreitet wurden, die an städtische Siedlungen angrenzen, haben wir bereits präzise als unzutreffend gekennzeichnet.

Nach der geltenden Rechtslage gibt es das Instrument der Aufhebung des Eigentums gegen illegale Erwerber. In Havanna wurde lediglich vereinbart, die Verfahren dabei zu beschleunigen, die zurzeit sehr langsam sind. Die Vorschrift, Eigentumsrechte aufheben zu können, beinhaltet nach wie vor als zentrale Idee, dass diese nur im Fall illegal erworbenen Eigentums zur Anwendung kommt.....

4. Die Gespräche werden geführt hinter dem Rücken des Landes

Erfahrungen weltweit und in Kolumbien haben gezeigt, dass derartige Gespräche einer gewissen Vertraulichkeit bedürfen, wenn sie Früchte tragen sollen. Vor Mikrofonen zu verhandeln wäre die beste Art, den Prozess scheitern zu lassen. Aber beide Seiten sind sich einig, dass eine Schlussvereinbarung der gesamten Bevölkerung zu Abstimmung vorgelegt werden muss, und zwar nach einer Zeit für gründliche Diskussionen. Nichts geschieht hinter dem Rücken des Landes.

Jeder Kolumbianer muss nach eigenem Gewissen entscheiden. Aber auch ohne die Grundbedingung der Vertraulichkeit aufzuheben, wurden Informationen zum Thema gegeben. Als Delegationsleiter habe ich 23 Verlautbarungen von Havanna aus veröffentlicht. Beide Seiten haben Informationen zu den Vereinbarungen gegeben.

Die Delegation der Regierung war präsent in mehr als 50 Foren verschiedenster Art: mit politischen Parteien, Gremien, Opferverbänden, Journalisten, Frauengruppen und Universitäten. Bezüglich der Agenda gab es breit angelegte Foren zu den ersten beiden Punkten sowie zum weltweiten Problem der Drogen.

Das Parlament hat seinerseits Foren für die Opfer und zur ländlichen Entwicklung veranstaltet mit breiter Teilnahme gesellschaftlicher Gruppen.....

5. Es wird Straflosigkeit geben für die Verantwortlichen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Der Rechtsrahmen für den Frieden setzt Grenzen der integralen Strategie einer Übergangsjustiz, die sich im Rahmen der internationalen Verpflichtungen des kolumbianischen Staates bewegen muss. Integral bedeutet hierbei zum einen, dass eine kohärente Anwendung verschiedener juristischer und außerjuristischer Maßnahmen zu erfolgen hat zur Sicherstellung der Rechte der Opfer hinsichtlich Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Ausschluss der Wiederholung. Zum anderen muss die dauerhafte Wiedereingliederung früherer Kämpfer ins Zivilleben hergestellt werden.....

Die juristische Behandlung jener, die an gravierenden Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, hängt ab von ihrer Bereitschaft zur Anerkennung ihrer Verantwortung, ihrer Bereitschaft,

Opfern zu begegnen sowie aktiv teilzunehmen an der Findung der Wahrheit und der Wiedergutmachung.

Im Kontext Kolumbiens, wo wir mit einem Erbe schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind, muss man in einem ernsthaften Kampf gegen Straflosigkeit auch die Grenzen des Strafrechts anerkennen und die Anstrengungen vervielfachen, auch andere Wege einzuschlagen.

Über die Vielzahl von Strafprozessen und die Jahre in Haft hinaus besteht der wahre Kampf gegen die Straflosigkeit darin, das aufzudecken, was geschehen ist und warum es geschah; es gilt, die Opfer anzuerkennen und sie vollständig und rasch zu entschädigen. Und es gilt, den höchsten Verantwortlichen für internationale Verbrechen ihre Schuld zuzumessen über öffentliche Verfahren mit schnellen und klaren Entscheidungen, die es den Opfern und der Gesellschaft möglich machen, wieder den Institutionen zu vertrauen.

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Übergangsgesetzgebung kein Akt der Resignation und der Konzessionen an die Verursacher der Opfer ist, sondern im Gegenteil eine Chance, sich definitiv auseinanderzusetzen mit einem Erbe gravierendster Menschenrechtsverletzungen und endlich den Rechtsstaat überall im Land zu verankern.

Kritik ist willkommen. Am Schluss werden die Kolumbianer entscheiden, wohin der Weg geht. Aber bis dahin ist ein loyales Bestreben notwendig, eine Diskussion auf der Grundlage von Tatsachen zu führen und nicht über Mythen und Legenden, die entgegen den Tatsachen propagiert werden.,